

# AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der  
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 68 | Mai 2013

**INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD**

## seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,  
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

### **DAS WIR ENTSCHIEDET!**

**In einer sozialen Gesellschaft. In der  
SPD. Und in der AGS!**

**Die Aufregung über den neuen Slogan der SPD ist groß.  
Jedenfalls in den Medien.**

Und genau diese Aufregung zeigt: CDU/FDP und ihre Hofberichterstatter in den Medien sind nervös. Denn das SPD-Wahlkampfmotto „Das WIR entscheidet“ bringt es auf den Punkt: Solidarität statt Egoismus, Gemeinwohl statt Einzelwohl. Und damit wird der fundamentale Unterschied zwischen SPD und CDU/FDP aufgezeigt. Grundlage unserer Politik ist das WIR. Es entscheidet. Ob Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Familien-Politik – bei uns hat das WIR Vorrang vor dem Ich.

Der Slogan „Das WIR entscheidet“ ist authentisch für die SPD. Das erkennen die Menschen, und das bereitet der CDU Sorge. Ihnen nahestehende Medien, und leider nicht nur die, setzen sich nicht mit der Aussage auseinander, sondern bemühen sich um Ablenkung vom Wesentlichen. Nicht die frühere Verwendung des Slogans durch eine Leiharbeitsfirma ist der Skandal, sondern die Reduzierung der Berichterstattung auf diesen Punkt.

„ICH“-Chefideologe Guido Westerwelle bemühte gar die neuere Zeitgeschichte. Ihn erinnert „Das WIR entscheidet“ an die DDR-Zwangskollektivierung und an das damit verbundene Motto „Vom Ich zum Wir“. Hinter diesem DDR-Motto stand übrigens auch die Blockflötenpartei LDP (die

frühere Ost-FDP). Vom ich zum wir, auf diesem Weg persönlicher Sozialisierung hat es der Außenminister nicht weit gebracht. Und nicht nur der!

Bei CDU und CSU steht das „Ich“ im Mittelpunkt. Politik zum Machterhalt der Kanzlerin, Amigo-Affären in Bayern, Steuerpolitik zu Gunsten der Super-Reichen. Die Liste ließe sich beliebig erweitern. Aber es wird in der Öffentlichkeit maximal „die Politik“ dafür verantwortlich gemacht, nicht die wahren Verursacher.

Wir haben ein anderes Weltbild, andere Leitlinien für unser Handeln. Schwarze Schafe gibt es auch bei uns, aber sie sind die Ausnahme, nicht die Regel. Fragt man neue AGS-Mitglieder nach dem Grund für ihr politisches Engagement, dann hört man oft: Ich will etwas bewegen in diesem Land. Mich einsetzen, aber eben nicht nur für meine eigenen Interessen!

Die AGSNRW hat gerade einen neuen Landesvorstand gewählt (↗ „Das WIR hat entschieden.“, S. 3). Auch bei der Landeskongress war das WIR-Gefühl zu spüren. Keine Seilschaften, keine Mauscheleien. Ein neuer Vorstand, der in guter Atmosphäre seine Arbeit verrichten wird, so wie der in den vergangenen Jahren.

Die AGS steht zu den sozialen Grundsätzen ihrer Partei. Das WIR entscheidet! Die AGS kümmert sich eben nicht nur um die Interessen der Selbständigen, sondern greift immer wieder allgemeine politische Themen auf. Die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ ist ein Beispiel für das WIR. Dort engagieren sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund (wo sind da die

## Inhalt

### seite 1

Das WIR entscheidet! .....1

### AGSNRW

In eigener Sache .....2

Der neuer Landesvorstand der AGSNRW ist gewählt.....3

### Demografie

Altersgerechtes Arbeiten im Fokus – AGSNRW will Entwicklung vorantreiben.....5

Kommentar von S. Brefort: Altersgerechtes Arbeiten – was juckt's den Unternehmer? .....6

### Handwerk

Meisterfeier in Düsseldorf mit Peer Steinbrück und Prof. Wolfgang Schulhoff.....8

### Parteileben

WIR haben ein neues Parteiprogramm .....10

AGS-Innovationspreis 2013: Infos zur Ausschreibung .....11

Gründungskonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ .....12

### Mittelstand

Ladenöffnungszeiten: Wirtschaftsminister Garrelt Duin stellt Kompromiss vor.....13

### Europa

Barbara Weiler MdEP zur EU-Zahlungsverzugsrichtlinie.....14

### Service

Kurznachrichten, Termine, Redaktionsschluss, Impressum ...14

Grenzen?) sondern eben auch „Ur-Deutsche“, die für eine Willkommenskultur stehen (↗ „Gründungskonferenz der AG Migration und Vielfalt“, S. 12).

Ein anderes Beispiel für die WIR-Politik ist die Novellierung des NRW-Ladenöffnungsgesetzes (↗ „Läden können offen bleiben. Nicht immer, aber lang genug“, S. 13). Statt nur den Forderungen der Handelsriesen zu folgen, wurde ein Kompromiss gefunden, der alle Interessen berücksichtigt.

Dass unser Parteiprogramm das WIR in den Mittelpunkt stellt, wird niemanden überraschen. Auch wir, ein kleiner Teil des großen WIR, finden uns dort wieder (↗ „WIR haben ein neues Parteiprogramm!“, S. 10).

Traditionsgemäß spielt im Deutschen Handwerk das WIR eine große Rolle. Wir, das Handwerk, wir können das. Und wir kümmern uns um unsere MitarbeiterInnen. Die gehören nämlich unverzichtbar zum WIR des Handwerks. Wir, die Gäste auf der 64. Meisterfeier des Handwerks in Düsseldorf, durften dabei sein, wie der Nachwuchs ge-

ehrt wurde. Und wie Peer Steinbrück eine fesselnde Rede hielt. Da applaudierte auch so mancher Schwarz-Gelbe!

Manchmal werde ich gefragt: Warum so viel Kritik an Schwarz-Gelb? Die Antwort ist einfach: Es gab Zeiten, in denen CDU und FDP für ein zwar anderes, und zwar ein erkennbares, ein konservatives bzw. bürgerlich-liberales Weltbild standen. Die Ziele waren oft ähnlich, aber der Weg dahin unterschiedlich. Heute geht es bei CDU und FDP nicht mehr um (erkennbare) Inhalte, sondern um Machterhalt und Klientelpolitik. Die Auseinandersetzung in Sachfragen ist kaum noch möglich und wird von der Kanzlerin gescheut. So sollte man keine Politik machen.

Das muss immer wieder angeprangert werden, damit eine Zeit zurückkommt, in der es allen demokratischen Kräften wieder um das WIR geht!



In diesem Sinne:

**André Brümmer**

Vorsitzender der AGSNRW

# IN EIGENER SACHE

## AGSNRW Analog

### Materialien zur AGS

Die AGSNRW hat zwei Flyer erstellt: einen zur AGS selbst und einen zum Thema Soloselbständigkeit. Wenn ihr diese für Veranstaltungen nutzen wollt, schicken wir euch diesen als Datei gerne zu, wenn vorhanden auch gerne als Papiausdruck (bitte nachfragen). Auch gibt es einen sehr schönen AGS-Messestand, einen „Kundenfänger“ sowie ein Roll-Up von der AGS. Diese können von interessierten AGSen für ihre

Veranstaltungen vor Ort ausgeliehen werden.

## AGSNRW Digital

### Umbau der Website

Unser Internetauftritt ↗ [www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de) wird zur Zeit umgebaut. Die neue Seite soll übersichtlicher und aktueller werden (wir drücken uns grad selbst die Daumen!). Migration und Umbau sollten in wenigen Wochen abgeschlossen sein, bis dahin bitten wir um ein wenig Geduld!



### AGSNRW interaktiv

**eMail:** [info@ags-in-nrw.de](mailto:info@ags-in-nrw.de)

**Internet:** [www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de)

**Facebook:** AGSNRW

**Twitter:** @agsnrw

# AGSNRW

**WIR (II): Das WIR hat entschieden**

## Der neue Landesvorstand der AGSNRW ist gewählt!



Der neue Landesvorstand der AGSNRW, gewählt am 13.04.2014 in Düsseldorf

**Das WIR hat bereits entschieden – jedenfalls bei der AGSNRW. Denn im Vorstand der AGSNRW entscheidet das WIR schon lange. Und wer im neuen Vorstand der AGSNRW die Selbständigen vertritt, das hat das WIR der Delegierten entschieden.**

**Düsseldorf, CVJM-Haus, 13. April 2014, Ordentliche Landeskonferenz: 100 Delegierte aus NRW waren eingeladen, zu hören, welche Arbeit der Vorstand in den Jahren 2011-2013 geleistet hat.**

**Die Delegierten kamen, um darüber zu debattieren und einen neuen Landesvorstand zu wählen. Und wegen einigem mehr.**

Zum Auftakt der Konferenz gedachten die Delegierten der verstorbenen AGS-Mitglieder, insbesondere dem am 5.12.2012 im Alter von 101 Jahren verstorbenen Ehrenvorsitzenden der AGS, Franz-Leo Wirtz aus Köln.

In seiner Begrüßungsrede wies der Landesvorsitzende André Brümmer auf die Herausforderungen in den nächsten 2 Jahren für den neuen AGS-Landesvorstand hin: Themen-Arbeit, Veranstaltungen, Wahlkampf-Unterstützung u.v.m.

Brümmer zu Aufgaben von SPD und AGS: „Die SPD steht anerkanntermaßen für Soziale Gerechtigkeit. Das ist gut so und muss auch so bleiben. Das reicht aber nicht, um Mehrheiten für unsere Politik zu gewinnen – oder gar Begeisterung dafür zu erzeugen. Die SPD steht auch für weitere Kompetenzfelder, wie z.B. Wirtschaft. Das muss

*aber stärker für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar werden. Dazu wollen wir mit unserer Kompetenz beitragen!*

*Wir müssen, mehr noch als bisher, als Macher, als Kümmerner, als Vertreter der Aufstiegswilligen erkennbar werden. In der Partei und bei den Selbständigen!“*

Nach Erfüllung der Formalien trug der amtierende Landesvorsitzende der AGSNRW den Rechenschaftsbericht für seinen Vorstand vor. Dieser gibt wieder, auf welche Weise der AGSNRW-Vorstand seine Aufgaben in den letzten 2 Jahren erfüllt hat:

# AGSNRW

- Mitarbeit in Organisationen und Gremien
- Themen-Arbeit
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Der komplette Rechenschaftsbericht steht in Kürze zum Download bereit.

Als Ehrengast war Sven Kaerkes (Foto unten), Bundesvorsitzender der AGS, eigens aus Schleswig-Holstein zur Landeskongress gekommen. Er berichtete über die Arbeit der Bundes-AGS und erläuterte das neue Wahlprogramm der Bundespartei.

## NRW wird im AGS-Bundesausschuss vertreten durch:

**André Brümmer** (Stolberg)  
**Ruth Gering** (Steinfurt)  
**Dr. Michael Dauskardt** (Ennepe-Ruhr)  
**Peter Schwertfeger** (Recklinghausen)

## Es folgte die Wahl von 17 Delegierten zur AGS-Bundeskongress.

Zwischen den Wahlgängen fand die Antragsberatung statt. Es wurde über einen Antrag zur AGS-Arbeit in NRW und zu altersgerechter Arbeit debattiert. Ein Initiativantrag beschäftigte sich mit der Mautbelastung von Fahrzeugen unter 3,5 t zul. Ges.-Gewicht. Die Versammlung lehnte diese zusätzliche Belastung von Handwerk, Handel und Gewerbe ab.

In seinem Schlusswort dankte der alte und neue Landesvorsitzende André Brümmer der Kongress für den zügigen Verlauf und die Mitarbeit. Er ermutigte den neuen Vorstand zu engagierter Arbeit im Sinne der selbständigen Unternehmerinnen und Unternehmer in NRW. <



## Die Vorstandswahlen ergaben die folgenden Ergebnisse:

### Als Landesvorsitzender einstimmig in seinem Amt bestätigt:

**André Brümmer** (Stolberg)

### Seine StellvertreterInnen sind:

**Susanne Brefort** (Bottrop)

**Christiane Breuer** (Köln)

**Dr. Michael Dauskardt** (Ennepe-Ruhr)

### Als SchriftführerIn sind gewählt:

**Alexander Duhme** (Borken)

**Ruth Gehring** (Steinfurt)

## Das neue Team komplettieren als BeisitzerInnen:

**Jürgen Brinkamp** (Recklinghausen)

**Ralph Brodel** (Wesel)

**Anke Chnielewski** (Bochum)

**Klaus-Peter Duhme** (Borken)

**Ersin Erdal** (Duisburg)

**Frank Jakob** (Ennepe-Ruhr)

**Marianne Koch** (Münster)

**Felix Alexander Münter** (Dortmund)

**Waldemar Plewe** (Düsseldorf)

**Eva-Maria Siuda** (Gelsenkirchen)

**Thomas Struck** (Bochum)

**Peter Tietze** (Kleve)

# DEMOGRAFIE

## Demografischer Wandel

# Altersgerechtes Arbeiten im Fokus – AGSNRW will Entwicklung vorantreiben

Der demografische Wandel und die seit 2012 stufenweise angehobene Regelaltersgrenze auf 67 Jahre konfrontiert sowohl Beschäftigte als auch Unternehmer mit der Frage nach den Voraussetzungen für altersgerechtes Arbeiten.

**So sinnvoll es ist, die demografische Entwicklung und damit einhergehend längere Ausbildungszeiten, höhere Lebenserwartung und die höhere Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer gegenüber früheren Generationen zu berücksichtigen, ergeben sich doch eine Reihe von Aspekten, die eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen hat.**

Die AGSNRW fordert daher Parteiführung und Fraktion auf, folgende Punkte in das Regierungsprogramm aufzunehmen:

- Alterungsprozesse sind auf physischer und mentaler Ebene individuell. Ebenso individuell muss daher die Unterstützung für Arbeitnehmer in höherem Erwerbsalter sein.
- Gesundheitsschutz und -prävention müssen für alle Phasen des Erwerbslebens gesichert sein.
- Eine altersgerechte Weiterbildung muss insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender globaler Vernetzung und Digitalisierung zugänglich sein. Ein umfassender Bildungsbegriff endet nicht mit der Ausbildung!
- Phasen von atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen nehmen bereits heute in vielen Ar-

beitsbiografien zu. Dies muss eine Solidargemeinschaft berücksichtigen und sich offensiv gegen Altersarmut trotz lebenslanger Erwerbstätigkeit stellen.

Die Rente mit 67 – sie kommt, und daran ist nichts zu rütteln. Warum auch nicht? Wir werden immer älter, aber wir bleiben dabei auch immer gesünder und immer fitter als unsere Vorfahren.

Die Lebenserwartung für in 2010 in Deutschland geborene Jungen beträgt 77,5 Jahre, für Mädchen fast 83 Jahre. Die im Jahr 1962 geborenen Kinder hatten eine durchschnittliche Lebenserwartung von knapp 70 Jahren. Das heißt zum einen: mehr Jahre Zeit, das Leben bei hoffentlich bester Gesundheit genießen.

Zum anderen bedeutet dies aber auch, dass bei immer weniger Beitragszahlern immer mehr Beitragsempfänger zu alimentieren sind. Um dieses Ungleichgewicht auszubalancieren, wird das Renteneintrittsalter seit 2012 sukzessive nach oben verschoben.

Tatsächlich sind die meisten der heute Über-Sechzigjährigen durchaus gerne bereit, weiter zu arbeiten – vorausgesetzt, es finden sich denn auch adäquate Arbeitsplätze in genügender Anzahl.

Es gibt aber mehr als finanzielle Gründe, warum unsere Gesellschaft die älteren Arbeitnehmer braucht.

Der Fachkräftemangel ist in aller Munde: vorbei die Zeit, als Arbeitnehmer mit Mitte 50 systematisch angesprochen wurden, ob der Vorruhestand nicht eine schöne Sache wäre.

Das kann sich heute kaum noch ein Arbeitgeber erlauben – und der Staat ohnehin nicht, denn Frühverrentung erfolgt zum einen auf Kosten der Allgemeinheit, die eben früher als gesellschaftlich geplant die Kosten der Verrentung tragen muß, zum anderen natürlich auf Kosten der Arbeitnehmer, die sich mit einer geringeren Rente bescheiden müssen.

Das Know-how der Über-50-jährigen ist wichtiger als je zuvor. Wie aber sieht es bei der Gestaltung der Arbeitsplätze aus? Ältere Menschen haben besondere Ansprüche, wenn sie in ihrem Beruf lange fit und leistungsfähig bleiben sollen.

Arbeitsplätze älterer Menschen müssen so eingerichtet sein, dass dem Nachlassen der körperlichen Leistungsfähigkeit Rechnung getragen wird – allein das Ändern von Bildschirmstellungen für schwächer werdende Augen oder orthopädisch sinnvolle Bürostühle verschaffen hier bereits große Linderung.

# DEMOGRAFIE

Es ist bereits sattsam bekannt, dass die Älteren langsam das Internet erobern. Facebook etwa gilt bei vielen Jugendlichen schon als „out“, weil sie wie selbstverständlich Eltern und Großeltern hier begegnen. Wie schön!

Doch noch ist auch auf diesem Feld viel Arbeit zu leisten, müssen ältere Arbeitnehmer geschult und informiert werden, in welchem Maß moderne Technik das Arbeitsleben erleichtert.

Schließlich ist – Altern ist tatsächlich nichts für Feiglinge – selbstverständ-

lich der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die körperliche Leistungsfähigkeit mit dem Alter einfach abnimmt. Modelle von flexibler oder verkürzter Arbeitszeit spielen ohnehin eine immer größere Rolle. Betriebliche Reha-Maßnahmen oder die gute alte Tradition des Betriebssportgruppen können hier weitere Eckpunkte bilden.

Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen, tatsächlich wurde der auf der Landesdelegiertenkonferenz der AGS gestellte Antrag, altersgerechtes Arbeiten in den Fokus zu stellen, einstimmig angenommen.

Der Landesvorstand ist nun damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften, insbesondere der AG 60+, ein Konzept zu erarbeiten und der Fraktion im Landtag vorzulegen: Damit Arbeit in unserem Land dem menschlichen Leben angemessen ausgeübt werden kann. <

## Kommentar von Susanne Brefort

# Altergerechtes Arbeiten – was juckt's den Unternehmer?

**André Brümmner, unser Landesvorsitzender, hatte mich gebeten, zur diesjährigen Landesdelegiertenkonferenz einen Antrag zum Thema „Altergerechtes Arbeiten“ zu schreiben; für mich ein Anlass, mich zum ersten Mal wirklich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.**



**Altergerechtes Arbeiten – was juckt mich das als Unternehmer, abgesehen davon, dass ich selbst älter werde, die Knochen morsch,**

**die Augen trübe ...**

**Zumal ich selbst, als Solo-Selbständige, keine Mitarbeiter habe, um deren Wohl und Wehe ich mich zu kümmern hätte. Das Nachdenken begann. Und es wurde mehr und mehr, je intensiver ich mich mit dem Thema befasste habe.**

Als Vorsitzende der AGS Bottrop gehören Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung zu meinen vornehmsten Aufgaben. Immer wieder habe ich in Gesprächen mit Unternehmern innerhalb und (noch) außerhalb der SPD feststellen können, dass die „Grundsätze eines sozialdemokratischen Unternehmertums“, denen wir uns verpflichtet fühlen, auch anderen ein moralisches Bedürfnis sind, ganz gleich, wieviele Mitarbeiter ein Unternehmer hat.

Mitarbeiter gelten nicht einfach als „Humankapital“, wie das in den 80er-Jahren mal so herumgeisterte, viel-

mehr vertreten wir als AGS viele kleine und mittelständische Unternehmen, größtenteils inhabergeführt, in denen Chefin oder Chef denselben Arbeitsbedingungen ausgesetzt ist, wie die Mitarbeiter und daher alle Auswirkungen direkt erfährt. „Soziale Verantwortung“ ist in einem solchen Miteinander auch eine Verantwortung für sich selbst. Dass Eigentum Verantwortung schafft, ist keinem von uns neu, dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen, haben zahlreiche Unternehmerinnen am eigenen Leibe spüren müssen und sich z.T. gerade deswegen selbständig gemacht.

# DEMOGRAFIE

Dass Arbeit auch altersgerecht gestaltet werden muss, ist vor diesem Hintergrund einleuchtend: präventive Maßnahmen zur Gesunderhaltung von Mitarbeitern schützen nicht nur unsere eigenen Investitionen, sie erhalten unsere Mitarbeiter – und uns selbst! – motiviert und binden sie ans Unternehmen.

Angesichts eines dringlicher werdenden Fachkräftemangels können wir es uns schlicht nicht mehr leisten, dass Arbeitnehmer oft mit weniger als 60 Jahren in den Ruhestand gehen, wir benötigen dringend ihr Wissen und ihre Fähigkeiten. Die Einarbeitung neuer Mitarbeiter kommt uns in den meisten Fällen teurer zu stehen, als die Gesunderhaltung derjenigen, die schon für uns arbeiten.

MdB Marco Bülow erinnert in seiner Pressemeldung vom 03. April 2013 an ein weiteres Problemfeld, das ebenfalls mit ein Problem des Älterwerdens darstellt:

*„Psychische Erkrankungen waren 2012 die Hauptursache für Krankschreibungen von Arbeitnehmer/ innen in NRW. Fast jeder fünfte Fehltag ist – nach Zahlen der Techniker Krankenkasse – auf eine psychisch bedingte Diagnose wie Burnout zurückzuführen.“*

Burnout – das ist bekannt – trifft schon lange nicht mehr die jungen, hochmotivierten. Burnout trifft vor allem die, die lange zu ihren Belastungen schweigen.

Es trifft diejenigen, die neben ihrem Beruf noch andere, durchaus schwerwiegende Verpflichtungen haben, etwa für eine Familie zu sorgen oder die Pflege von kranken oder alten Angehörigen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wir als Partei uns ja auf die Fahne geschrieben haben, ist noch lange nicht gesellschaftliche Realität. Hier gilt es auch von Unternehmensseite noch sehr viel anzupacken.

Als sozialdemokratische Unternehmerin gehe ich sogar noch einen Schritt weiter. Ich kann und möchte es mir nicht mehr leisten, auf Lieferanten zurückzugreifen, die Mitarbeiter unter Mindestlohn bezahlen, die sich gegen tarifliche Einigungen wehren und deren soziales Arbeitgebertum sich auf eine jährliche Spende für einen gemeinnützigen Verein erschöpft.

Eigentum schafft Verantwortung – dies gilt für Unternehmerinnen und Unternehmer in noch höherem Maße als für einen Immobilienbesitzer. Ich wünsche mir, dass sich mehr von uns hierzu bekennen, hiernach handeln und dies auch öffentlich kommunizieren – gerne durch Mitgliedschaft und Mitarbeit in unserer Arbeitsgemeinschaft! 

# HANDWERK

## **Das Handwerk feierte seine MeisterInnen – WIR feierten mit! Meisterfeier in Düsseldorf mit Peer Steinbrück und Prof. Wolfgang Schulhoff**



**Düsseldorfer Congress-Center, 21.4.2013: Das Handwerk und seine Gäste trafen sich zur 64. Meisterfeier der Handwerkskammer Düsseldorf. Das bedeutete: 2.500 Gäste ehren die 1.110 Meisterinnen und Meister des Prüfungsjahrgangs 2013.**

**Professor Wolfgang Schulhoff, Präsident der HWK Düsseldorf, im Vorwort der Festschrift: „[...] Der Meisterbrief ist ein weltweit anerkannter Nachweis meisterlicher Kompetenz**

**im Handwerk. Er ist die Grundlage für beruflichen Aufstieg und für die Selbständigkeit in einem Handwerksberuf.“**

In seiner Begrüßungsrede benannte er das Handwerk als Grundlage für Stabilität der Wirtschaft und niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die OECD setze immer noch zu

# HANDWERK

sehr auf akademische Bildung. Handwerk bedeute,

- dass Betriebe bereit seien, selbst Geld in die Ausbildung zu stecken,
- dass zur Organisation von Ausbildung das Ehrenamt gehöre (4000 EhrenamtlerInnen alleine im Kammerbezirk DD).

Prof. Schulhoff schätzt an Steinbrück dessen klare Worte („Leisetreter haben wir genug!“). Er hat dem Kanzlerkandidaten eine umfangreiche Wunschliste mitgegeben, z. B. die

- Beseitigung der kalten Progression,
- das Überdenken der Vermögenssteuer,
- den Bürokratieabbau.

Auch die Bundesregierung bekam Kritik ab: Insgesamt vermisst Prof. Schulhoff heute solide Politik. Die Energiewende sei bisher weitgehend misslungen.

In einem Grußwort zeigte Dirk Elbers, Oberbürgermeister von Düsseldorf, hohen Respekt vor der Leistung der Meisterausbildungs-AbsolventInnen.

Für die erbrachte Leistung und das Ertragen von Entbehrung gab es auch vom Festredner reichlich Anerkennung: Peer Steinbrück MdB dankte auch den Familien für die geleistete Unterstützung während der Ausbildungszeit. In seiner Festrede stellte Steinbrück politische Forderungen auf, wie z. B. ein EU-Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit sowie Lohnkostenzuschüsse aus EU-Töpfen.

Gegen den Fachkräftemangel helfe

- eine stärkere Frauenerwerbstätigkeit, aber zu gerechter Entlohnung,
- eine Verringerung der Schulabbrecherquote (1,5 Mio. junge Leute sei-

en ohne Berufs- oder Ausbildungsabschluss), sowie

- die Schaffung einer Willkommenskultur für Zuwanderung.

Steinbrück weiter:

- Die Wirtschaft brauche faire Regeln, auch das Handwerk.
- Gesetzlicher Mindestlohn (stärke die Binnennachfrage, sei sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll, schütze vor Lohndumping).
- Ein gerechtes Steuersystem. Die Einhaltung der Schuldenbremse sei der Generationengerechtigkeit geschuldet. Eine Substanzbesteuerung von Unternehmen werde es mit ihm nicht geben!
- Defizite im Bildungsbereich seien abzubauen. Die Bildungsausgaben seien im internationalen Vergleich unzureichend.
- Infrastruktur sei zu erhalten und auszubauen, z. B. Verkehrswege und Breitbandnetz.
- Die Energiewende sei voranzutreiben.
- Die Kommunen seien ausreichend zu finanzieren.
- Für Banken müsse Risiko wieder mit Haftung verbunden sein. Banken müssen wieder Dienstleister werden. Ein Trennbankensystem sei ratsam.

Steinbrück forderte eine neue Gründerphase für Deutschland. Dazu müsse der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, z. B. durch Bereitstellung von Gründerkapital.

Ein Werbeslogan des Handwerks gefiel Peer Steinbrück besonders gut: „Bei uns zählt nicht, wo man herkommt. Sondern, wo man hinwill.“

Es folgte die Ausgabe der Meisterbriefe an 21 Jahrgangsbeste durch Prof. Schulhoff und Peer Steinbrück. Danach galt: Feiern, feiern, feiern! 

# PARTEILEBEN

**Das WIR entscheidet!**

## **WIR haben ein neues Parteiprogramm!**



Es ist schon immer eine Stärke der Sozialdemokratie, den Menschen zu sagen, wofür man steht. Wir sind kein KanzlerInnen-Wahlverein, sondern eine Programmpartei. Mit Zielen, die sich nicht auf die Vertretung der Interessen einzelner beschränkt und dem Machterhalt dient (*Ich weiß, ich wiederhole mich!*).

So stand auf dem außerordentlichen Parteitag der Bundes-SPD am 14. April in Augsburg das zukünftige Programm der SPD im Mittelpunkt: die Diskussion über Änderungsanträge, grundsätzliche Diskussionen und schließlich die Verabschiedung des Papiers, in dem die Ziele und Standpunkte der SPD niedergeschrieben sind. Die Rede des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück stand zwar nicht im Mittelpunkt, sorgte aber für Aufbruchstimmung.

Das Programm setzt deutliche Zeichen. Dabei ist eine Einsortierung in Links oder Rechts Unsinn. Es gibt keine linke oder rechte Gerechtigkeit! Das Programm ist dem Ziel des WIR, dem Ziel der Gerechtigkeit in unserem Staat gewidmet.

Diesem Ziel sind alle Programmpunkte mehr oder weniger untergeordnet. Dabei geht das Programm aber auch auf einzelne gesellschaftlich relevante Gruppen ein.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Selbständigen Unternehmen wird im Programm hervorgehoben:

### **MITTELSTAND UND HANDWERK SIND DAS ZENTRUM UNSERER WIRTSCHAFT.**

Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden.

Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbständigkeit und Existenzgründung verbessern. Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen. Die Selbständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. 10% im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss

Deutschland sich stärker als Selbständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbständigen begeistern. Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.

### **DAS HANDWERK.**

Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung der beruflichen Bildung. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten

# PARTEILEBEN

finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise stärker betroffen.

Bei der **Mittelstandsfinanzierung** wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen, gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktrefinanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer Ratingagentur für den Mittelstand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.

Gleichzeitig werden wir im Bereich der **Existenzgründungen** dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher

Probleme unterstützen, genauso wie die Wohlfahrtsverbände.

Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den **Abbau von Bürokratie**. Die nationale und europäische Rechtsetzung soll besser auf den Mittelstand ausgerichtet und, wo möglich, Verwaltungswege verkürzt werden. Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische Initiative zur **Sicherung des Fachkräftebedarfes** in Deutschland starten.

Wir wollen Bildungsmobilität und Aufstiegschancenverbessern. Mit der **beruflichen Aufstiegsfortbildung** (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss.

Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die Hochschulen noch mehr für beruflich qualifizierte öffnen und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

Was man vermissen kann, ist Konkretes zu den einzelnen Punkten. Aber ein Parteiprogramm beschreibt die Ziele, nicht den Weg dahin.

Die praktische Ausgestaltung bleibt einer SPD-geführten Bundesregierung als Aufgabe.

➔ **Vollständiges Programm auf [spd.de](http://spd.de)**



## Innovationspreis 2013 Infos zur Ausschreibung

**Der Innovationspreis steht 2013 unter dem Motto „Der Mittelstand – Innovationsmotor in energieeffizientem und ressourcenschonendem Wirtschaften“**

**Der Preis wird im Rahmen des AGS-Mittelstandstages am 18. Juni 2013 in Potsdam verliehen.**

Die Wende hin zu einem nachhaltigen und umweltschonenden Wirtschaften ist eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, aber auch eine der großen Zukunftschancen für unsere Wirtschaft. Gerade der Mittelstand hat auf dem Feld des energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftens große Anstrengungen unternommen und herausragende Problemlösungen erarbeitet und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD will mit der diesjährigen Verleihung Unternehmen bzw. Unternehmer/innen auszeichnen, die mit innovativen Konzepten zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz beigetragen haben und sich dabei auch ihrer besonderen Verantwortung für die Entwicklung unserer Gesellschaft als Unternehmer/innen bewusst sind.

**Der Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 23. Mai 2013.** Weitere Informationen sind über unsere Redaktion erhältlich.

# PARTEILEBEN

## WIR (III):

## Gründungskonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“



**Zum WIR gehören in NRW längst Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Es ist daher nur konsequent, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, die sich den Problemen dieser Zielgruppe widmet.**

**Am 20. April fand in Bochum die Gründungskonferenz der NRWSPD-Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ statt. Der Andrang im Bochumer Jahrhunderthaus war groß, ein Beleg für das Interesse an der Gründung der AG.**

Die Konferenz wurde eröffnet durch Apostolos Tsalastras, Mitglied im Landesvorstand der NRWSPD und Sprecher des AK Migration und Integration der NRWSPD. Es folgte ein „Input-Statement“ von Aydan Özoguz MdB, Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Parteivorsitzende.

Aydan Özoguz MdB, Britta Altenkamp MdL (stellv. Parteivorsitzende der NRWSPD), Zülfiye Kaykin (Staatssekretärin für Integration beim Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW) sowie Tayfun Kelttek (Vorsitzender des Landesintegrationsrates) diskutierten, moderiert durch Apostolos Tsalastras über Willkommenskultur, Aufgaben der Migrationspolitik etc.

Aydan Özoguz trug über die Situation der MigrantInnen vor und forderte die Abschaffung der Pflicht, sich für nur eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Zülfiye Kaykin erwartet von der neuen AG Beiträge zur Teilhabeförderung. Tayfun Kelttek wies auf die wichtige Arbeit in Stadt- und Migrationsräten hin. Diese Arbeit sei von der neuen AG zu unterstützen. Britta Altenkamp: „Es ist normal, verschieden zu sein!“

Zahlreiche Wortmeldungen aus dem Plenum zeigten auf, wie vielfältig die Erwartungen an die Arbeit der neuen Arbeitsgemeinschaft sind.

Der AGSNRW-Landesvorsitzende André Brümmer wies auf die Verbundenheit mit der neuen AG hin: „Bei uns (der AGS) sind viele Selbständige mit Migrationshintergrund aktiv. Der Anteil Selbständiger ist an der Bevölkerungsgruppe der Deutschstämmigen sogar kleiner als bei der mit Migrationshintergrund! Es gibt also eine Schnittmenge bei gleichen Interessen. Deshalb wünschen wir als AGS uns eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Landesarbeitsgemeinschaft. Ich wünsche der Konferenz einen guten Verlauf. Viel Erfolg bei der Arbeit!“

Bei den am Nachmittag durchgeführten Wahlen wurde Ali Dogan als Landesvorsitzender der neuen AG Migration und Vielfalt gewählt.

Die AGSNRW gratuliert ihm und allen gewählten Mitgliedern des neuen Vorstands sehr herzlich und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit! <

# MITTELSTAND

## Ladenöffnungszeiten

# Wirtschaftsminister Garrelt Duin stellt Kompromiss vor

Nach zähem Ringen ist es doch noch zu einem vernünftigen Kompromiss bei der Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes NRW gekommen.

**Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk:** „Mit dem heute verabschiedeten Ladenöffnungsgesetz ändern sich für die Geschäfte in NRW einige Rahmenbedingungen. Wir haben eine gute Lösung gefunden, die sowohl für Kundinnen und Kunden als auch für das Verkaufspersonal und den Einzelhandel vernünftige Bedingungen sicherstellt.“

Lt. MWEIMH gehören zu den Eckpunkten des Gesetzes:

- Die absolute Anzahl der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage in einer Stadt wird auf maximal elf pro Jahr begrenzt (davon maximal zwei Adventssonntage).
- Jede einzelne Verkaufsstelle darf – wie bisher – an vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr öffnen, davon einmal Advent.
- Bäckereien, Zeitschriften- und Blumengeschäfte dürfen an Ostern, Pfingsten und Weihnachten wieder am 1. Feiertag öffnen. Dafür müssen sie am 2. Feiertag geschlossen bleiben.
- Samstags dürfen die Geschäfte bis 22 Uhr geöffnet sein. An vier Samstagen im Jahr ist so genanntes „Late-Night-Shopping“ bis 24 Uhr möglich.

Das Ladenöffnungsgesetz soll verschiedene Zielsetzungen miteinander verbinden: den Sonntagsschutz, die Interessen der Beschäftigten im Ein-

zelhandel sowie die Interessen der Handeltreibenden.

Bei Anhörungen (unter Teilnahme der AGS) und einer Gemeinschaftsveranstaltung von AfA und AGS im vergangenen Jahr in Dortmund wurde sichtbar, dass auch innerhalb des Handels und der Beschäftigten keine jeweils einheitliche Zielrichtung erkennbar war. Auseinandersetzungen gab es auch in der Koalition, insbesondere bei der von Minister Duin und dem Handel geforderten Regelung, im Advent jedes Geschäft an einem von zwei möglichen verkaufsoffenen Sonntagen öffnen zu können. Das ermöglicht den Vorstädten und Nebenzentren, sich besser gegen die City-Lagen besser behaupten zu können. Mit seiner Meinung konnte sich Minister Duin gegenüber dem grünen Koalitionspartner durchsetzen.

Noch am 18. April 2013 frohlockte Hartmut Schauerte (Landesvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung) auf dem MIT-Internetportal: „Nun ist er (Duin) offenbar erneut an seinen Koalitions- und Parteifreunden gescheitert“. Dem ist nicht so! Ob wir in Kürze eine Richtigstellung erwarten dürfen? Eher nicht, glaube ich.

Thomas Eiskirch MdL (Wirtschaftspolitischer Sprecher der NRWSPD-Fraktion) sieht die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen (im Dialog mit den Betroffenen) gestärkt:

„Es wird künftig für die Kommunen die Möglichkeit geben, die Öffnung der Ge-

schäfte auf zwei Adventssonntage zu verteilen. Aber es bleibt dabei: Im Advent darf jedes Geschäft nur einmal öffnen. Damit wird sichergestellt, dass es durch die adventssonntägliche Öffnung in den Innenstädten nicht zu einer Benachteiligung des Einzelhandels in den Stadtteilen kommt. Bei der Festlegung der Sonntagsöffnungstermine stärken wir den Dialog der betroffenen Akteure, um vor Ort angemessene Lösungen zu finden. Verpflichtend angehört werden müssen von den Kommunen die in dieser Frage relevanten gesellschaftlichen Kräfte wie Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie die Kirchen.“

In den Anhörungen zum LÖG wurden die von der Gesetzesnovelle Betroffenen in bisher kaum bekannten Ausmaß eingebunden. CDU und FDP konnten sich aber trotzdem nicht zu einer Zustimmung zum Gesetz durchringen. Da sie die Partikularinteressen der Handelskonzerne nicht ausreichend berücksichtigt sahen, betreiben sie Fundamentalopposition. Man kann oder will sich eben nicht von der Rolle des Kapital-Lobbyisten trennen.

Als AGS hatten wir bei der internen Diskussion zum LÖG in der Definierung gemeinsamer Ziele Probleme. Mit dem nun aus den parlamentarischen Weg gebrachten LÖGNRW können wir zufrieden sein. <

➤ **Weitere Informationen zum LÖG**

# EUROPA

**Barbara Weiler MdEP:**

## „Deutschland verhindert bessere Zahlungskultur“

**Eine Erwiderung auf unseren Artikel „Zahlungsverzug in Europa: Neue Belastung für Selbständige“ (AGS:NACHRICHTEN, März 2013) – für die wir uns sehr herzlich bedanken, d. Red.**



„Was ist nur los mit Deutschland? Fast ganz Europa stimmte vor 2 Jahren in Brüssel einer Richtlinie zu, die strikte Regeln zur Bekämpfung des grassierenden Zahlungsverzugs vorsieht – Berlin nicht.

Ich war damals Berichterstatterin im EU-Parlament. Mein Ziel: Kleine und mittlere Unternehmen sollen nicht länger unverschuldet in Liquiditätsprobleme geraten, weil ihre Rechnungen zu spät bezahlt werden. So wird Geld freigesetzt für Investitionen, Innovationen und neue Arbeitsplätze.

Schon während der Beratungen 2011 stellte sich Deutschland quer. Jetzt setzt die Bundesrepublik wieder mal nicht zeitgerecht (16. März war Frist) und vor allem schlampig um. Angeblich gebe es hierzulande keine Schwierigkeiten mit Zahlungsverzug.

Vielleicht hätten die zuständigen liberalen Minister – Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Philipp Rösler – bei den Betroffenen aus Handwerk und Handel nachfragen sollen.

Unternehmensvertreter protestieren nun vollkommen zu Recht gegen den Murks, den Schwarz-Gelb zur nationalen Umsetzung auf den Tisch gelegt hat. Statt einer kürzeren Zahlungsfrist und schärferen Sanktionen bedeutet der Gesetzesentwurf aus FDP-Hand nämlich eine Verschlechterung gegenüber der derzeitigen Situation. Aus diesem Grund präsentierte die SPD-Bundestagsfraktion bereits einen alternativen Vorschlag.

Es ist immer leicht, Kritik an der Europäischen Union zu üben – wie in der letzten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN geschehen. Dennoch wäre es angebracht und fair, zunächst zu schauen, ob es wirklich in Brüssel hakt, bevor der schwarze Peter verteilt wird.

Nach einer aktuellen Studie der EU-Kommission begrüßen kleine und mittlere Betriebe die EU-Richtlinie und empfinden sie als große Verbesserung.“

**Für weitere Informationen:**

Barbara Weiler MdEP  
Tel.: 0170-3404804

**Weiterlesen:**

➔ [www.barbara-weiler.de](http://www.barbara-weiler.de)  
(→ „Europapolitik“ → „Berichte“)

## TERMIN- HINWEIS

**AGS VOR ORT**

**Bürgerfest der NRWSPD**

Am Sonntag, 09. Juni findet von 11-18 Uhr das große Bürgerfest der NRW-SPD statt. Gefeierte wird mit einem bunten Bühnen- und Musikprogramm auf dem Gelände des Weltkulturerbes Zollverein (Essen) mit allen Bürgern und BürgerInnen. Gemeinsam werden wir auf die Vergangenheit und die Zukunft der SPD anstoßen.

➔ **Weitere Informationen**

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Juni 2013, Redaktionsschluss ist der **28.05.2013**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse ➔ [redaktion@ags-in-nrw.de](mailto:redaktion@ags-in-nrw.de) senden.



**SELBSTÄNDIG.  
VERANTWORTLICH.  
SOLIDARISCH.**

**Die AGS in NRW.**

Bis zur nächsten Ausgabe!

**André Brümmer**  
Vorsitzender der AGSNRW